Ä1 zu D1: Die Ostquote regelt den Scheiß - und zwar so!

Antragsteller*innen	KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am: 09.06.2023)

Antragstext

Von Zeile 11 bis 14 löschen:

Die strukturelle Diskriminierung Ostdeutscher muss beendet werden. ~~Es ist bezeichnend, dass es dafür erst eine Quote braucht. Hinzu kommt, dass die Ostquote aktuell lediglich durch den Geburtsort genauer definiert wird. Eine breite Gruppe der Ostdeutschen wird dabei außenvor gelassen.~~

Von Zeile 24 bis 30:

- ~~Die Kriterien Sozialisation und Transformationserfahrung~~
  - ~~Die Sozialisation muss definiert werden, sind aktuell lediglich durch den Geburtsort definiert. Hinzu kommt, dass die Transformationserfahrung sind aktuell lediglich durch den Geburtsort definiert. Eine breite Gruppe der Ostdeutschen wird dabei außenvor gelassen. Darüber hinaus müssen gleichberechtigt materielle Gegebenheiten. Das heißt Vermögensverhältnisse, Erbschaften und die Möglichkeit des Vermögensaufbaus während der DDR.~~
- Als Ostdeutsche zählen Personen, die ihren Hauptwohnsitz mindestens 7 Jahre in einem Ost-Bundesland hatten. Für die Dauer der Anstellung in ostdeutschen Bundesländern muss sich der Hauptwohnsitz weiterhin in einem Ost-Bundesland befinden.

Begründung

Wir erkennen an, dass hier ein großes Problem vorliegt. Wir wissen auch, dass die Ostquote im öffentlichen Dienst in Thüringen bereits Beschlusslage der Jusos Thüringen ist (Weimar, 2020). schon damals hatten wir Schwierigkeiten, sauber zu definieren, wen man nun als Ostdeutsche:n zählen kann. Beholfen haben wir uns mit dem Begriff "ostdeutsche Sozialisation", wir haben außerdem beschlossen, dass sich

eine Kommission damit zu beschäftigen habe, was das eigentlich bedeuten soll. Das ist wirklich nicht zufriedenstellend. Wir verstehen auch, dass der Geburtsort zwar ein eindeutiges, aber kein wirklich geeignetes Kriterium ist. Wir schlagen daher vor, sich am Hauptwohnsitz zu orientieren, was a) verhindet, dass Führungskräfte jahrelang nur einpendeln und b) über die Dauer sicherstellt, dass man sich wirklich schon an einem Ort eingelebt hat. So schließen wir auch z.B. Migrant*innen nicht aus. Auch eine Quote am Vermögen festzumachen, vermischt eine nötige Debatte über die Repräsentation von finanziell Schwächeren mit der Thematik Herkunft.